

Wossifische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600—3667, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 600. Wöchentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dann 72 Pfennig Bestellsäge.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig, Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [unwärts 15 Pf.] Nr. 474

DONNERSTAG, 8. OKTOBER 1931

MORGEN-AUSGABE

Brüning verhandelt

Wieder einmal Widerstände bei der Deutschen Volkspartei

Dr. Brüning hat gestern nachmittag mit zwei Beauftragten verhandelt, die er für sein neues Kabinett gewinnen will: Generaldirektor Dr. Schmidt, der das Verkehrsministerium, und Professor Dr. Warmbold, der das Wirtschaftsministerium übernehmen soll. Professor Warmbold soll das angebotene Portefeuille bereits angenommen haben, eine Zusage des Generaldirektors Dr. Schmidt wird erwartet. Weitere Besprechungen des Kanzlers, die sich auf die Kabinettsbildung beziehen, und an denen Dr. Gehler beteiligt sein wird, sollen heute folgen. Brüning glaubt, dem Reichspräsidenten bis heute abgelehnte Ernennungsvorschläge für die neue Regierung unterbreiten zu können.

Das war der Eindruck in den späten Abendstunden am Mittwoch. Ob die Tatsachen ihn heute befähigen werden, bleibt abzuwarten. Es hat sich rasch gezeigt, daß es ein tatsächlicher Fehler war, die personellen Veränderungen in der Form einer völligen Umbildung des Kabinetts durchzuführen. Dr. Brüning ist nicht mehr am liebsten der Reichskanzler, und dadurch ist ihm die Erreichung seines Ziels nicht erleichtert, sondern nur erschwert worden; die Parteienfreieren haben sich verjüngert.

Bezeichnend dafür ist ein Situationsbericht, den gestern abend die „Nationalliberale Korrespondenz“ verbreitete, und der im Ganzen wiederholt, was Abgeordneter Dr. Dingeldey dem Kanzler über die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei dargelegt hat. Das Dokument verdient, in einem politischen Karikatur-Kabinett aufzufauchen zu werden.

Nach der Ansicht des Abgeordneten Dr. Dingeldey hätte es keinen Zweck „mit einigen Korrekturen die Wiederherstellung des Kabinetts auf dem alten Grundlagern zu versuchen“. Eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei an einer Umbildung des Kabinetts Brüning kommt nicht in Frage. (Aber, so wird hinzugefügt, die Partei-Funktionen haben noch nicht gesprochen) Bei den Gefahren, die im kommenden Winter

drohen, müßte die Bildung einer neuen „unbelasteten“ Regierung gefordert werden.

Wie stellt sich Dr. Dingeldey dieser Regierung vor? Sie soll sich freihalten von sozialistischen Einflüssen, „wie immer geartet sie sein mögen“, sie soll auf verfassungsmäßigem Boden stehen, Stille und Ordnung sichern, sie soll die Grundlinien der bisherigen Außenpolitik einhalten und soll sich von allen parteipolitischen Aktivitäten lösen. Und dann kommt Dr. Dingeldey zu der Schlussfolgerung, daß der politische Kampf am besten dadurch entzweit werden könnte, „daß auch die Kreise der sogenannten nationalen Opposition an der Regierung beteiligt werden und die Verantwortung um zu übernehmen haben“. Kurz zusammengefaßt: eine Regierung Eugen-Berg-Sittler, die frei von jedem sozialistischen, also auch nationalsozialistischen Einfluß sein soll, die verfassungsmäßig regieren und den Streifenmännchen Kurs der Außenpolitik einhalten soll. Ein echter Dingeldey!

Daß nach diesen kuriosen Regeln eine Regierung in Deutschland gebildet werden kann, muß nicht erst ausdrücklich gesagt werden. Die Empfehlungen Dingeldes sind ein berechtigtes Zeugnis für die Bemerktheit innerhalb einzelner bürgerlicher Gruppen. Aber gerade darum sollte der Reichspräsident sich die parlamentarischen Zustände nicht noch tiefer fällen lassen, als sie in Wirklichkeit selbst jetzt, nach der Befürchtung der Dritten Notverordnung, sind. Gemäß nicht nur die sogenannte „nationale“ Opposition, aus deren „Arie“ am Sonntag wieder einmal ein Volk geschweigt werden soll, richtet zum Sturmangriff gegen ein zweites Kabinett Brüning. Auch an einer hohen Stelle in Berlin wird während der letzten Wochen Winken gegen Brüning gelegt worden. Der Kanzler hat sich nicht nur gegen Brüning zu wehren, die im Lichte der Öffentlichkeit stehen. Dr. Brüning hatte jene, die so gern mit dem Feuer spielen, nur die verantwortliche Entscheidung, und es wird sich rasch zeigen, daß es etwas anderes ist, mit lebensgefährlichen Abenteuern zu fokettieren und etwas anderes, sie auch zu machen. Aber um diese Probe zu machen, hätte es nicht erst eines Kabinettswechsels bedurft.

Beschleunigtes Tempo?

Von FRITZ KERN, Professor an der Universität Bonn

Wir haben eine schlechende Erzeugungs- und, ihr übergelagert, eine kümmerliche Kreditkrise, die letzten Endes aus dem internationalen Geld- und Reparationsproblem erwachsen ist. Theoretisch ist sich jedermann darüber einig, daß beide Krisen nur durch internationale Solidarität überbrückt werden können. Praktisch aber sehen wir bisher im Gegenteil wachsende nationale Abzettelung durch einflussreichenden Mandarntumsinn und Nützlichkeits der Auslandsgruppen. Diese in der falschen Richtung vorantreibende Reaktion des *Sauve qui peut* verdirbt die Streie zum Streik, das in Besitzt verleihe Anstreben den Abzettelungsdruck weiterzuziehen. Es flüchten Kreditie nach links und rechts und machen dadurch erst die besten Institute kreditunwürdig; sie schleppen ihr Geld vom Inland ins Ausland und flüchten es von dort wieder weiter, verschleudern heute Aktien, morgen Obligationen, berechnen Banken, sammeln Goldbarren und füllen Zerstörungsflüge. So breitet die gegen sich selbst wütende Kapitalflucht wapplos die Katastrophe aus. Die Apparatur des Geldes, diese feinsinnige Organ der Wirtschaft, wird wie verdrückt zerkleinert. Augenblicklich tritt somit für den Gesamtmarkt die Untertreibung der Erzeugung grabeu in den Hintergrund gegenüber ihrer Vorbereitung, der Neubegünstigung des Kredits.

Nur zwei Männer sind heute noch imstande, den tosenden Wogen zu bremsen, Hoover und Cavallo, und zwar nur beide gemeinsam. In weniger als vier Wochen könnte es dahin kommen — schon ist Goldbarrenexportierung der neue Export französischer Kapitalien —, daß auch diese beiden großen Männer ganz klein geworden sind und dann niemand mehr eine Hilfe gegen die Katastrophe weiß. Aber heute können noch Hoover und Cavallo dem allgemeinen Abwurf des Vertrauens wehren — jedoch keiner ohne den andern. Nichts zeigt die nervöse Überreizung deutlicher als jene Notperlage aus Washington, die immer wieder antäugliche, im Weißen Haus plane man eine sofortige einseitige Erklärung über die Belagerung des Young-Plan-Komitees (vom politischen Standpunkt aus) und dann niemand mehr zu hören. In Wirklichkeit hätte eine Wiederholung des einseitigen Vorgehens Washingtons Vandal daran gehindert, die „Sole de France“ zu befeigen. Hoover weiß ganz genau, daß heute oder nach ein Cavallo plan als ein Hooverplan zum Ziel führen würde (bei gleicher Großzügigkeit natürlich); in Wirklichkeit aber kommt es auf einen gemeinsamen Cavallo-Hooverplan an — wobei es gleichgültig ist, ob etwa Frankreich mehr an Enkohl, Amerika mehr an Deutschland hätte. Denn da heute jeden einzelnen Vandal noch geborgen werden kann, wenn auch den übrig gelassen wird, ist jede Formfrage sekundär, zur Frage der Taktik gehörend.

Lebe Enttäuschung darüber, daß Hoovers neueste Schritte „nur“ inneramerikanisch seien, ist also verfehlt. Wenn Amerikas Jenseit in seinem Innern den Deflationsdruck mildert und daraus vielleicht eine Wiederumkehrung des Dollars an das Pfund sich ergeben sollte, so können günstige Auswirkungen auch bei uns erfolgen, die wir ja seine autonome Währung befeigen, die Reichsmark ist dem Dollar angehängt und teilt dessen Schicksal. Lieberwüns könnten die Schweiz und Holland mit Deflationsbesamfungsmaßnahmen sich einschließen. Mit den vordlänbern zusammen — doch nicht ohne sie — könnte Deutschland den eigenen Deflationsdruck gleichfalls mildern.

Nach der französischen Kartellgedanke ist in diesem Zusammenhang nicht aus dem Auge zu verlieren. Das Ohr, das jeden Tag durch neue Kanonenschläge aus aller Welt erschüttert wird, vermag zu leicht, daß seit dem Fünften März 1931 in Berlin erst gestern Tag vergangen sind. Französische Züge gehen auf dem Vormarsch der deutsch-französischen Föderation bleibt viel wichtiger als manches Tagesgespräch. Es ist ein tröstlicher Umstand, daß Francopols-Panets frühe Initiative — ist es doch der Vater der deutsch-französischen Anbahnungsverbindung — durch den Pfundkurs und seine Folgen gleichförmigen in die Lage eines Fußgängers verkehrt worden ist, der hinter dem Autobus herläuft. Man hofft auf die Nähe der Saltselle, bevor man außer Acht ist. Jedes die Hauptkugelwende es doch, daß jemand den Autobus fähre, der die Bremse

Brot zwei Pfennig teurer

Merkwürdige Erklärungen

Von Donnerstag, 8. Oktober, ab wird der Mehlpreis für das 1250-Gramm-Brot von 48 auf 50 Pfennig erhöht werden.

Das ist das Ergebnis langwieriger Verhandlungen zwischen dem Reichsernährungsministerium und dem Zweigverband der Bäckermessei Berlins. Wie Hinweise auf das Bedenkliche einer Brotpreiserhöhung im gegenwärtigen Augenblick, auf die Zückerung der Berliner Mühlen, in der nächsten Zeit auf einer Steigerung der Roggenmehlpreise selbst für den Fall absehen zu wollen, daß der Roggenpreis nicht wesentlich über 200 Mark je Tonne steigen sollte, haben nichts gebracht. Die Bäckermessei bestehen auf einer Erhöhung des Brotpreises, wenn auch ihren Angaben die Entzückung der Mehlpreise, gleich eine Aufrechterhaltung des bisherigen Preises unmöglich macht.

Das Reichsernährungsministerium gibt das negative Ergebnis der Verhandlungen zugleich mit einer sehr weilsinnigen Erklärung bekannt, in der nachgemeldet wird, daß das Vorgehen der Berliner Bäckermessei in der Entzückung der Mehlpreise keine Stütze habe. Zum Schluß wird gesagt, daß das Berliner Bäckergewerbe für die Besonderen ihres Bestehens die Verantwortung zu tragen habe. — Eine letzte Formulierung muß Aufrechterhaltung auslösen. Denn wenn auch über die Preisentwicklung des Handwerks menden zu sagen wäre — daß die Preismotivation für die Entzückung der Lebensmittelpreise auf Seiten der Bäcker liegt, ist zum mindesten eine einseitige Behauptung. Der wahre Grund für die Erhöhung der Bäckermesseipreise liegt in dem Mangeln der Agrarpolitik, die ja das ausgedehnte Ziel der Preisrückbildung haben. Wird nun endlich halb eine Kürzung erfolgen, noch welcher Seite man den Schaden zeigen will, ob nach der Seite der Preisentzückung oder nach der Seite der Preisrückbildung?

Frankreichs Deutschland-Delegierte

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 7. OKTOBER

Die französische Regierung gibt eben offiziell die Namen der Hauptvertreter Frankreichs in dem deutsch-französischen Komitee bekannt.

Der Vorsitz erhält der Unterstaatssekretär beim Ministerpräsidenten und für die Volkswirtschaftsminister Generaldirektor wird der Leiter des Handelsreferats im Außenministerium, Coulandre, für seine Ersatzvertretung folgt der Staatsreferat des Unterstaatssekretärs Gagnolle.

Als Vertreter der verschiedenen ministeriellen Referats wurden ernannt: Generaldirektor Coulondre für das Außenamt, Finanzminister Dorez für das Finanzministerium, der Leiter des Referats für Handelsverträge Ebel für das Handelsministerium. Direktor Lafage für das Landwirtschaftsministerium, der Leiter der Säfen und Binnenwirtschaftsabteilung Beller für die öffentlichen Arbeiten, Direktor Biquand für das Arbeitsministerium und der stellvertretende Generaldirektor Gagnolle für die Volkswirtschaft.

Die übrigen Ernennungen werden bald mitgeteilt.

Anträge gegen Notverordnung

Die kommunale Reichstagsfraktion hat einen Antrag auf Aufhebung der neuen Notverordnung im Reichstag eingebracht. Die Fraktion wird in der nächsten Sitzung am Montag verlangen, daß auch dieser Antrag mit der Beratung der Regierungserklärung im Reichstagsplenum verbunden wird.

Die Parteien der Rechten werden voraussichtlich gleichfalls die Aufhebung der neuen Notverordnung beantragen.

Siehe auch vierte Seite